

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Formul. Nr. 20.

Postkonto: Leipzig 21864.
Stroße Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 92.

Wittwoch, 23. April 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postkassier vierteljährlich 4.20 Mark, monatlich 1.40 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebogens sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 am dreizehnten Grundgesetz (7 Silben) 35 Pf. Ortspreis 30 Pf.; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zur Verhütung des Abchlachtens arbeitsfähiger Pferde wird in Erinnerung gebracht, daß nach § 14 der Verordnung, den Verkehr mit Schlachtpferden und Viehdrehschlachtpferden betreffend, vom 19. Juli 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 167 vom 20. Juli 1918) die für die Fleischbeschau verpflichteten Tierärzte bei der Besichtigung des lebenden Tieres festzustellen haben, ob das zur Schlachtung angemeldete Tier tatsächlich nur noch Schlachtwert besitzt, und die Schlachtung von Tieren, die noch Nutzwert haben, zu verbieten haben. Den beteiligten Tierärzten und Polizeibehörden wird die Einhaltung und Ueberwachung dieser Vorschrift erneut zur besonderen Pflicht gemacht. Dabei wird zur gleichmäßigen Ueberwachung darauf hingewiesen, daß die Ausführung von Pferden aus Sächsen nach Bezirken nicht-sächsischer Verwaltungsgebiete, mit Ausnahme für den zum XIX. Armeekorps gehörigen Kreis Ronneburg in S. A., nach den noch in Gültigkeit befindlichen Anordnungen der Kreis-Generalkommandos XII. A.-R. vom 18. Mai 1918 und XIX. A.-R. vom 25. April 1918 verboten ist. Dresden, den 15. April 1919.

803 o V L.
4329

Städtisches Ministerium.

Auslands-Eierverteilung.

Die Abkempelung der Eierarten für die minderbemittelte Bevölkerung mit einem Jahresertrags von bis zu 3500 M. zum Zwecke des Bezuges von Auslands-Eiern erfolgt **Donnerstag, den 24. und Freitag, den 25. April 1919, nachm. 2-4 Uhr, im Rathaus, Polizeiwache.** Staatskommissionenleiter und Protokollführer sind mitzubringen. Der Rat der Stadt Riesa, den 23. April 1919. Gm.

Auf Grund der Verfügung der Amtshauptmannschaft vom 17. März ds. Js. Wahl eines Bauern- und Landarbeiterrates für die Gemeinde Gröba und Forberge dtr., wurde am 18. April ds. Js. die Wahl vorgenommen. Es wurden gewählt als Bauernrat die Herren:

Outspächter Hermann Gensel, Edwin Zimmermann und Outspächter Edwin Dennis,

fämtlich in Gröba wohnhaft. Die Wahl eines Landarbeiterrates konnte nicht stattfinden, weil Wähler nicht erschienen waren. Gröba a. (Elbe), am 22. April 1919. Der Gemeindevorstand.

Aprillunnen.

Am 18. April hatte General Rubant eine Abordnung der deutschen Regierung auf der 25. abends nach Versailles entsenden zur Entgegennahme des bis dahin fertiggestellten Friedensentwurfes. Es war ausdrücklich der Anforderung („Einladung“ wäre kein passender Ausdruck) hinzugefügt, daß die Beauftragten während ihres Aufenthalts in feinerlei persönlichen Verkehr eintreten dürften. Natürlich war die Mitteilung deutschseits so aufgeföhrt worden, daß lediglich ein Botendienst für die zureichende Uebermittlung des Schriftstückes nach Weimar und Berlin gesichert solle, und waren die Gesandten dieser Auslegung entsprechend gewöhnt. Aber über Nacht sind den Herren in Paris allerlei Bedenken aufgefallen, ob die beliebte Form der am besten dienliche Weg sei, zum Ziele zu gelangen. Wöglich auch, daß eine Abfertigung der Deutschen zu demütigen, durch deren Reaktion auf die Ungebühr bereits als schlagfertig empfunden und daraufhin wieder aufgegeben wurde. Denn bereits am Osterfesttag langte ein neuer Brief an, welcher zu Verhandlungen bevollmächtigte Vertreter verlangte. Daraufhin sind denn nunmehr die Herren Graf Brodorski-Nankau, Landsberg, Wiesberg, Selmer, Schilling bestimmt worden.

Denn wir sehen doch nun voraus, daß wirklich Verhandlungen über den Inhalt des Vertrages in Aussicht genommen sind, und unsere Unterhändler nicht in der französischen Hauptstadt mit der Bewachung empfangen werden, man habe zwar das Erscheinen Generalvollmächtigter (plenipotentiaires) gefordert, um der Sache ein vornehmer Relief zu geben, sich aber damit nicht verpflichtet, nun auch wirklich in Unterhandlungen einzutreten. Ohne Verhandlungen keine deutschen Delegierten.

Einen Rufsmittel bedeutet schon jetzt dieses Betragen für den französischen Namen nicht. Wenn ein Mißverständnis der ersten Note Rubants vorliegen sollte, viele dessen Schuld nicht und zur Last. Und dann hätte es besser ausgesehen, wenn man es dem Gange der Dinge überlassen hätte, die Folgen des Festens von selbst zu verbessern — wie fliehende Gewässer bekanntlich durch „Selbstreinigung“ sich von schädlichen Beimischungen wieder befreien — als vor der ganzen Welt sich durch Aprilunnen bloßzustellen, die heute widerrufen, was sie gestern selbst gewollt haben. Der französische Nationalcharakter behält eben immer seinen feinsten Feinsinn; nur daß heute eine hysterische Verdrüssnis hinzugekommen ist. Bezeichnend ist, daß die französische Politik doch in der Zeit launenfrei geblieben ist, in der der Reichsminister Bonaparte sie bestimmte!

Uebrigens weisen auch andere Anzeichen darauf, daß eine harte Festrenheit in Paris und Versailles Platz gegriffen hat. Weder Helmi Wilson sonderlich erbaunt zu sein von der Gewalt, die seinen ursprünglichen Ideen und Idealen angetan wird, noch die Temperatur, die sich zwischen Paris und Rom entwickelt hat, behaglich zu sein. Auch Frankreichs Sympathie für die ausweichendsten Ansprüche der Südländer hat einen Stich ins Verwerfe angenommen, droht zur Asienlebe zu werden. Und auch Orlando und seine Gefolgschaft haben nicht aufgehört, jenem heiligen Goldismus ausschließlichen Kultus zu weihen, den Solandra zum Keitferne der italienischen Morallehre erforscht hatte.

Die Vollmachten der deutschen Friedensdelegierten werden wie von ausländischer Stelle in Berlin verlautet, ähnlich weit gehen wie die Vollmachten der Ententevertreter. Ueber den Umfang dieser Vollmachten läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Lord George hat bekanntlich für die englischen Vertreter völlige Handlungsfreiheit verlangt. Die Vollmachten der amerikanischen Vertreter dürften wohl nicht so weit gehen. Unsere Vertreter werden jedenfalls in allem an die Genehmigung der Regierung gebunden sein. — In Paris wird neuerdings die auch in Deutschland verbreitete Nachricht, daß der Friedensvertrag Danzig in polnische Verwaltung gehen will, auf das entschiedenste dementiert. — Nach einer Meldung des „Telegraph“ aus Paris beschloß der Rat der Fünf in die Friedenspräliminarien einen Artikel aufzunehmen, der Deutschland die Entsendung militärischer Missionen nach dem Auslande verbietet und den Deutschen untersagt, in ausländischen Armeen Dienste zu nehmen. — Der Reichsminister Graf Brodorski-Nankau hat dem Vertreter des „Neuen Wiener Tagblattes“ zu den Berichten der „Agence Havas“ über das Schicksal des Saargebietes erklärt: Deutschland suche auf dem Wilsonschen Programm, das nichts von einer Abkündigung über Gebiete sage, deren Zugehörigkeit außerhalb jeder Entscheidung stehe. Er sehe keine Möglichkeit dafür, auch nur zu erwägen, ob das Saargebiet der Kontrolle unterworfen werden solle, von der Havas spreche. Er sei aber bereit, die Frage eines wirtschaftlichen Ausgleiches mit Frankreich mit dem besten Willen zur Verständigung zu prüfen. In Beantwortung der Frage, ob die Politik der Entente unter

dem Druck des öffentlichen Bewußtseins in den westlichen Ländern ihre gefährliche Bahn nicht doch verlassen werde, wies Graf Brodorski-Nankau darauf hin, daß die Entente trotz ihres Anstrebens und ihrer Wührereien gegen den Anstich Deutschlands an Deutschland kein energisches Wort spreche, da offenbar auch die bitterste Feindschaft sich löse, die unüberwindlichen Triebe der nationalen Gemeindefriedens zu verhalten. — Die französische Kammer hat folgenden Antrag der Kommission für Auswärtiges angenommen: Die Kammer spricht die Erwartung aus, daß die Regierung binnen kürzester Frist die Verwirklichung der Beschlüsse erzielen werde, die von den alliierten Staaten in den von ihnen unterzeichneten Konventionen festgelegt sind, denen zufolge Frankreich auf Grund der Akte, die der Segner unter Rückachtung seiner Verpflichtungen verübt, ein Anrecht auf Entschädigung zusteht. — Die Schadenersatzkommission in Paris nahm den von dem zweiten Untersuchungsamt aufgestellten Bericht über die finanziellen Tätigkeiten der feindlichen Staaten und die Zahlungs- und Entschädigungsmittel einstimmig an. Der Bericht behandelt insbesondere die Wäckerstellung, die Deutschland den alliierten Mächten zu leisten habe hinsichtlich der Schiffe, Maschinen usw. — Wie in französischen Kreisen verlautet, macht der Plan eines Delenstbündnisses zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten Fortschritte. Dieses Bündnis sei nur für die Abgrenzung anwendbar und lehne eine sofortige militärische Aktion ab Wasser und zu Lande vor im Falle, daß Deutschland des Friedensvertrages in bezug auf die entmilitarisierte Zone schuldig des Rheines bricht. — Der englische Sozialistkongress wurde am Montag eröffnet. Henderson forderte, daß der Friede ein Frieden der Gerechtigkeit und nicht der Wache sei. Der frühere Präsident der Labour Party, Burns, gab eine entsprechende Erklärung ab. — Auf dem in Arnheim abgehaltenen Kongresse der niederländischen sozialistischen Partei hielt Van der Goes eine Rede, in der er sagte, die Revolution in Deutschland sei die Keimzelle des Volkswillens. Wenn ein Diktatordienst zusammenkomme, dann werde die Revolution auch in Frankreich ausbrechen. Diese Worte erzeugten einen andächtigen Beifall. Auch Troelstra protestierte gegen den Gewaltfrieden der Entente, der schlimmer sei als der Frieden, den ein Sieg Deutschlands zur Folge gehabt hätte. Der Völkerverbund werde zur Kartellpartei gemacht. Die Feinde der Entente würden wirtschaftlich vernichtet. Was in Paris zum Ausdruck wurde, sei ein Hohn auf Frieden, Völkerverbund und Abkündigung. Es müsse eine starke Bewegung gegen die Handlungswerte der Entente entstehen, damit der Friede auf sozialistischer Grundlage ruhen könnte und die Revolution nicht nach Westeuropa komme. Die Unzufriedenheit in den Ententeländern gehe weit über eine Lohnbewegung hinaus und beruhe auf der Forderung nach Sozialisierung. Troelstra erklärte, die Reformen müßten auf geistlichen, demokratischen Wege erreicht werden, selbst wenn dadurch die Erreichung der politischen Macht etwas verzögert werde.

Der Entwurf der internationalen Arbeitsgesetzgebung. Dem „Berl. Tagesblatt“ wird über den Haag aus Paris gemeldet: In der vierten Plenarsitzung der Friedenskonferenz ist der Entwurf festgelegt worden, der in 41 Punkten die internationale Regelung der Arbeitsgesetzgebung enthält. Die Grundprinzipien des Entwurfs sind in folgenden 9 Punkten zusammengefaßt, über die aber noch keine endgültige Abstimmung stattgefunden hat: 1. Weder die juristische facta nori die menschliche Arbeit einer Kaufmannsware oder einem Handelsartikel gleichgestellt werden. 2. Das Verbot der Zwangsarbeit und Arbeitsnehmer für alle Zwecke garantiert, die mit dem Gesetz nicht in Widerspruch stehen. 3. Kinder unter 14 Jahren ist die Arbeit in Handel und Industrie nicht erlaubt. Im Alter zwischen 14 und 18 Jahren darf von Kindern nur die Arbeit verrichtet werden, die mit ihrer körperlichen Entwicklung im Einklang stehen. 4. Jeder, der Arbeit verrichtet, hat das Recht, eine Besoldung zu verlangen, die es ihm möglich macht, im Einklang mit der Zivilisation seiner Zeit und seinem Lebensstandard zu leben. 5. Ohne Unterbrechung des Geschlechts wird die Bezahlung für Arbeit garantiert, die in Qualität und Quantität gleichwertig ist. 6. Jeder, der Arbeit verrichtet, hat Anspruch auf einen Ruhezeit. Im allgemeinen soll dies der Sonntagsruhe sein. Es kann aber ein anderer Tag gewählt werden, wenn es am Sonntag nicht möglich ist. 7. Die Arbeitszeit in der Fabrik ist nicht auf 8 Stunden pro Tag und 48 Stunden pro Woche beschränkt. Ausnahmen werden für Länder gemacht, deren Klima oder deren Anfangsentwicklung industrieller Organisationen oder aus anderen Umständen einen wesentlichen Unterschied in den allgemeinen Arbeitsverhältnissen zurufen. 8. Diejenigen, die im Einklang mit dem Gesetz in einem fremden Lande zugelassen werden und dort Arbeit leisten, sind ebenso wie ihre

mitteil denselben Bedingungen unterworfen, wie die Einwohner des eigenen Landes. Diese Bestimmung gilt für alle Maßnahmen der Arbeitsgesetzgebung und der sozialistischen Gesetzgebung. 9. Jeder Staat ist verpflichtet, um die Durchführung des Gesetzes betreffend den Schutz der Arbeit zu garantieren, den Dienst einer Arbeitsinspektion zu organisieren. In das Personal dieses Kontrolldienstes müssen auch Frauen aufgenommen werden.

Die Streiks und Unruhen im Reich.

Die Betriebsversammlungen der Berliner Baubeamten haben sich nunmehr in ihrer großen Mehrzahl entschieden für die Annahme des Schiedspruchs und für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen. Die Banken sind nun heute Mittwoch ab wieder für den Kundenverkehr geöffnet.

In Spandau ist alles ruhig. Die Arbeiter haben eingesehen, daß es so wie bisher nicht weiter geht. Als sie die Spandauer Staatswerkstätten geschlossen fanden, kehrten sie ruhig in ihre Wohnungen zurück.

Wie die B. P. A. hören, hat Hamburg im Hinblick auf die Ruhestörungen während der letzten Tage um Abwendung von Regierungstruppen ersucht.

Wie von ausländischer Stelle in Berlin mitgeteilt wird, ist in München für die nächsten Tage eine Klärung nicht zu erwarten. In Braunschweig ist die Volksmarinedivision und die Volkswehr aufgelöst worden. Die Reichsbraunschweiger werden ausgewiesen. Die Kommunisten in Augsburg und die von ihnen beeinflusste Arbeiterschaft der Werkstätte bewachten auch während des 2. Osterfesttages ihre feindselige Haltung gegen die Regierungstruppen. Den ganzen Tag über hielt die Schießerei mit Unterbrechungen an. Die Nacht zum Dienstag verlief ruhig. Am gestrigen Vormittag begannen die Unterhandlungen mit den Arbeiterführern und den Betriebsausschüssen im Rathaus. Die DDB. vernimmt, daß die Verhandlungen zur Annahme der vom Truppenkommandeur gestellten Bedingungen, es bleibt abzuwarten, ob die Durchführung der angenommenen Bedingungen sich reibungslos und reiflich verwirklichen läßt. Die Regierungstruppen haben vorgestern und gestern beträchtliche Verstärkungen erhalten.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 23. April 1919.

— Vortragabend. Der gestern abend in der „Adterrasse“ vom Gewerbedereiter abgehaltene Vortragabend, in welchem Herr Dr. Alfred Koppke über „Völkerverbund und Weltanschauung“ sprach, war nur sehr schwach besucht. Der Redner führte aus, zwei Wege seien es, auf denen versucht worden sei, der Welt den Frieden zu bringen: der militaristisch-imperialistische und der ethisch-fittliche Weg. Der erstere sei ein Weg, welcher der Menschheit nie den Frieden gebracht habe. Er sei zuerst beschritten worden von den römischen Cäsaren und sei später wieder aufgenommen worden von den Deutschen, Franzosen und Engländern. Es sei jemals ein Friedenszustand unter der Vorherrschaft eines Volkes gewesen, das sich eingebildet habe, das außer västliche zu sein, ein Gewaltfrieden, gesichert durch die militärische Macht eines Volkes. Neben diesem Weg gehe die ethisch-fittliche Idee. Ihr Bahnbrecher sei Christus gewesen. Redner suchte darzulegen, wie die Kirche allmählich ihre Ideale verlassen und verwässert habe, wie auch sie nicht in der Lage gewesen sei, die Kriege zu verhindern. Außerhalb der Kirche hätten große Männer den fittlichen Gedanken weiter geponnen, so u. a. der deutsche Philosoph Kant, dessen Lehre sich in den Wilsonschen Forderungen wiederfinde. Auch er habe bereits in den Fürken ein Hindernis für den Frieden gesehen, habe die Abschaffung des heidnischen Heeres, des sogenannten Gleichgewichtes der Staaten und der Geheimdiplomatie verlangt und ein internationales Schiedsgericht und ein Weltbürgertum gefordert. Seine Gedanken hätten nicht verwirklicht werden können, weil das militaristisch-imperialistische System ihnen hindernd im Wege gestanden, das in Deutschland sich nun zu Tode gefügt habe. Wie solle der Frieden aussehen? Redner ging Punkt für Punkt die hauptsächlichsten Forderungen Wilsons durch, die alle recht vernünftig seien und von denen man nur wünschen könne, daß sie feststehen. Wir in Deutschland hätten heute die Pflicht, laut die Stimmen zu erheben, daß es zu einem Verständigungsfrieden komme, nicht zu einem Gewaltfrieden, den auch die französische und englische Arbeiterschaft ablehnen. Aber auch mit einem Wilsonsfrieden werde die Welt nicht zum ewigen Frieden gelangen, weil er das Liebel nicht an der Wurzel packt. Die Wurzel aller Kriege sei das Geld, der wirtschaftliche Wettbewerb. Die Ideen Wilsons müßten eifrig noch vertieft werden. Ein Weg, zu einer höheren fittlichen Weltanschauung zu gelangen, sei in der sozialistischen Weltanschauung gegeben. Die Lehre des Sozialismus sei: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, die Ausfaltung der nied-